

Die Menschen in Ostdeutschland haben die Mauer **zum Einsturz** gebracht

Rede der Parteivorsitzenden
Angela Merkel in der
Bundestagsdebatte zum
10. Jahrestag der deutschen Einheit
am 29. September

INHALT

Anlässlich der Feier
„Einigkeit und Recht und
Freiheit – 10 Jahre **eine**
CDU für **ein** Deutschland
am 1. Oktober im Haus der
Wirtschaft:

Die Union ist die Partei
der deutschen Einheit.
Aus der Rede von Bundes-
kanzler a.D. Helmut Kohl.

SEITE 10

Unsere Aufgabe ist klar:
das Erbe bewahren –
der Zukunft zugewandt.
Aus der Rede
der Parteivorsitzenden
Angela Merkel.

SEITE 14





Teilung kann nur durch Teilen überwunden werden. Dabei ist heute vielen zu danken: Den Menschen in den neuen Bundesländern für ihre Veränderungsbereitschaft, den Menschen in den alten Bundesländern für ihre Solidarität. Der Sozialismus hat katastrophale Erblasten hinterlassen. Wir dürfen Ursache und Wirkung heute nicht durcheinander bringen.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Maschinen- und Industrieanlagen betrug damals 26 Jahre. Ich hoffe, Herr Eichel erreicht mit den neuen Abschreibungsfristen diese Zahl nicht wieder. Aber das nur als kleine Seitenbemerkung. Weite Teile des Straßennetzes waren nicht mehr zu benutzen. Alte, Kranke und geistig Behinderte wurden in einer grauenhaften Weise behandelt. Die Umweltsituation war dramatisch. Das planwirtschaftliche System war eben vom Ansatz her nicht in der Lage, eine Wirtschaft irgendwie in Gang zu halten. Dass wir heute 543.000 selbstständige Unternehmer haben, ist eine der großen Leistungen für die neuen Bundesländer.

ANGELA MERKEL:

Die Menschen in Ostdeutschland haben die **Mauer zum Einsturz** gebracht

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Der 3. Oktober ist ein glücklicher Tag für alle Menschen in ganz Deutschland, in Ost und West. Er ist der Tag, an dem die staatliche Einheit Deutschlands wieder hergestellt wurde. Dies bedeutete den Sieg der Freiheit über Diktatur und Unfreiheit. Dies bedeutete, dass die Menschen im Osten mit ihrem Mut und die Menschen im Westen mit ihrer Solidarität bereit waren, Deutschland als ein vereintes Vaterland in Partnerschaft und Freundschaft mit seinen Nachbarn weiterzuentwickeln.

Dies bedeutete den Sieg einer marktwirtschaftlichen Ordnung unter freiheitlichen Bedingungen über ein planwirtschaftliches System, das, Herr Bundeskanzler, nicht nur „nicht optimal“ funktioniert hat, sondern überhaupt nicht funktionieren konnte. Es hat 40 Jahre und länger gedauert, bis die Ordnung der Freiheit in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas wieder hergestellt wurde. In diesem Jahren sind Schäden materieller und immaterieller Art entstanden, die ganze Generationen in ihrer Entwicklung schwer beeinträchtigt haben. Heute ist der Tag, all denen Dank zu sagen, die für diese Einheit eingetreten sind.

Der Gedanke der Freiheit ist unteilbar

Diese Menschen haben sich nicht irre machen lassen. Sie haben daran geglaubt, dass

der Gedanke der Freiheit grundsätzlich und unteilbar ist. Heute ist der Tag, all denen Dank zu sagen, die in den letzten zehn Jahren durch ihre Bereitschaft zur Veränderung und durch ihre Hilfe einen Beitrag dazu geleistet haben,

dass wir auf dem Weg der inneren Einheit Deutschlands weit vorangekommen sind. Es ist unstrittig: Es gibt einen Gewinner dieser Entwicklung, das sind die Menschen in unserem Lande, die Menschen in ganz Europa. Die

deutsche Einheit gehört keiner Partei, sie gehört den Menschen.

Deshalb, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, ist es mir völlig unverständlich – ich finde es auch inakzeptabel –, was für einen Ton Sie in den letzten Tagen angeschlagen haben.

Denn die Tatsache, dass die deutsche Einheit keiner Partei, sondern den Menschen gehört, verbietet uns doch nicht, darüber zu sprechen, wer wann wo die Weichen richtig oder falsch gestellt hat.



Eine Chance beherzt ergriffen

Ich frage Sie allen Ernstes: Ist es denn wirklich egal, wer in einer bestimmten historischen Stunde Verantwortung trägt und sich entscheidet, einen Weg so und nicht anders zu gehen? Ist es wirklich egal, ob man eine Chance beherzt ergreift, sich über Kostenfragen und andere Bedenken hinwegsetzt oder ob man diese

Rede der Parteivorsitzenden
in der Bundestagsdebatte
zum 10. Jahrestag
der deutschen Einheit am
29. September

Aspekte in den Vordergrund stellt? Was für ein Verständnis von Politik haben wir eigentlich, wenn wir das alles für völlig egal halten und sagen: Es macht keinen Unterschied, wer gerade Kanzler ist? Ich habe nicht den Eindruck, dass Ihr Bundeskanzler in anderen politischen Fragen die Auffassung vertritt, dass es ganz egal ist, wer Kanzler in Deutschland ist.

Politik darf sich nicht von Ereignissen treiben lassen. Politik muss Ereignisse bestimmen und gestalten. Politik muss zugreifen und handeln. Die Menschen haben die Mauer zum Einsturz gebracht. Helmut Kohl und die von ihm geführte Bundesregierung haben die Weichen für die Wiedervereinigung gestellt – vor und nach 1989.

Es geht auch nicht um einen Streit über Zitate, die wir den Sozialdemokraten – dem heutigen Bundespräsidenten oder dem heutigen Bundeskanzler – vorhalten. Es geht nicht darum, dass Herr Eichel, der heute leider nicht da ist, als SPD-Landesvorsitzender in Hessen im November 1989 in einem Papier der SPD-Landtagsfraktion geschrieben hat, dass diejenigen, die derzeit von Wiedervereinigung reden ...

– Herr Präsident!

Präsident Wolfgang Thierse: *Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, bei aller Erregung zwischendurch immer wieder zuzuhören.*

Angela Merkel: Auch ich bitte darum, damit Sie mitbekommen, worum es geht. Es geht nicht darum, vordergründig darüber zu sprechen, dass Herr Eichel als SPD-Landesvorsitzender und als SPD-Fraktionsvorsitzender im November 1989 gesagt hat, dass diejenigen, die derzeit von Wiedervereinigung reden, aus der Geschichte nichts gelernt haben und deshalb keine vernünftige Realitätsperspektive haben. Es geht auch nicht darum, dass der Herr Bundesaußenminister, der leider ebenfalls nicht anwesend ist, gesagt hat: „Vergessen wir die Wiedervereinigung, halten wir die näch-

sten 20 Jahre die Schnauze darüber.“ Ich bin froh, dass ich die „Schnauze“ nicht halten muss. Vom Ton, der damals im hessischen Landtag offensichtlich geherrscht hat, bitte ich Sie hier einmal abzusehen.

An einem inneren Kompass orientiert

Es geht vielmehr um die Frage, ob diese historisch falschen Einschätzungen symptomatisch für ein gesamtes Politikverständnis sind oder nicht. Deshalb muss man darüber sprechen. Es muss darum gehen, dass man in der Politik einen inneren Kompass haben muss, dass man Politik nicht einfach als Pragmatismus begreifen darf und dass es nicht beliebig ist, welche Weichenstellung man wann und wo vornimmt: das haben wir doch mit Sicherheit gelernt. Die Menschen in Ostdeutschland haben die Mauer zum Einsturz gebracht. Die Menschen in Ost- und Westdeutschland sind die Gewinner der Einheit. Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Wolfgang Schäuble und anderen ist es dann gelungen, die Weichenstellung umzusetzen. Sie hatten einen inneren Kompass. Sie haben nicht gezauert. Sie sind mit klaren Schritten auf unsere transatlantischen Partner, auf unsere Nachbarn und insbesondere auf die Sowjetunion zugegangen. Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Der Herr Bundeskanzler und damalige niedersächsische Ministerpräsident hat gegen den Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion gestimmt. Das ist die Wahrheit. Das ist der Unterschied.

Es ist eben nicht egal, ob man einfach so dahintreibt oder wie Herr Verheugen einfach sagt, es sei sein Flop des Jahres, wenn er von einer Volksbefragung im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung gesprochen habe. Es ist eben nicht egal, ob man den Euro als Frühgeburt bezeichnet hat und heute freudige

Worte darüber findet, dass er schwach ist. Es ist nicht egal, dass man einmal darüber gesprochen hat, ob man die neuen Bundesländer an Polen abtreten könne oder nicht. Das müssen sie doch wenigstens zugeben.

Dies nimmt überhaupt nichts davon weg – im Gegenteil, ich finde, das macht es noch schlimmer -, dass der Ehrenvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Willy Brandt, wie andere für die deutsche Einheit gekämpft hat und seine Ostpolitik als Beitrag dazu verstanden hat, dass zusammenwächst, was zusammengehört. Sie hatten diese Menschen in Ihrer Partei und haben trotzdem nicht auf sie gehört. Ich bin außerordentlich darüber erstaunt, Herr Bundeskanzler, dass heute in Ihrer Rede nicht ein einziges Wort über die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern gefallen ist, die in der SDP von Anfang an für die deutsche Einheit waren.

Die Teilung war nur durch Teilen zu überwinden

Ich halte Ihnen vor, Herr Bundeskanzler, dass Sie als niedersächsischer Ministerpräsident nur eine Sorge hatten, dass nämlich die Solidaritätsleistung des Westens an den Osten Ihnen etwas nehmen könnte. Wie war das mit der Mark von Steuergeldern, die irgendwo nicht hinfließen konnten? Sie hatten damals kein Verständnis dafür. Sie hatten damals kein Verständnis dafür, dass Lothar de Maizière in seiner ersten Erklärung nach der freien Volkskammerwahl gesagt hat: „Teilung ist nur durch Teilen zu überwinden.“ Dies war der Grundsatz, auf dem die Einigung zwischen Ost und West dann jahrelang gut voran gekommen ist.

Herr Bundeskanzler, Sie sind jemand, der die Geschicke dieses Landes bestimmt, der

heute maßgeblich dafür verantwortlich ist, ob die deutsche Einheit weiter gelingt, der heute maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass die Völker Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union integriert werden. Deshalb erwarte ich von Ihnen ein Wort, mit dem Sie sagen: „Ja, ich habe die Lage 1990 falsch eingeschätzt. Ja, ich habe aus diesem Irrtum etwas gelernt. Ja, ich habe daraus gelernt, dass es in der Politik Stunden gibt, in denen es um mehr geht als um Posten, Schulden und Steuern, nämlich um sehr grundsätzliche Fragen.“ Das erwarte ich von ihnen.

Joachim Gauck hat einmal gesagt, mit der friedlichen Revolution hätten die Ostdeutschen unserer Nation das Entree-Billet in den Kreis jener Völker gelöst, die eine eigene Freiheitstradition haben. Diese Tradition muss sorgsam gepflegt werden. Dagegen hat Karsten Voigt, ein Sozialdemokrat, am 12. November 1989 gesagt – ich zitiere ihn jetzt wörtlich -: „Der Kern der deutschen Frage ist für eine lange Weile eben nicht die Freiheit, es ist die Bewahrung des Friedenszustandes, also des Status quo. Alles andere sind Ornamente oder Schlimmeres.“ Diese Sätze, die am 12. November 1989, also drei Tage nach dem Mauerfall, gesagt wurden, sagen genau das Gegenteil von dem aus, was Joachim Gauck für die Ostdeutschen sagte.

Es geht dabei um eine ganz elementare Frage, nicht um einen Streit über Zitate. Es berührt nämlich die Frage, inwieweit Freiheit teilbar oder nicht teilbar ist, inwieweit Freiheit aufgebbar oder nicht aufgebbar ist. Damit wird die Auffassung vom Menschen an sich berührt. Darin unterscheiden wir Christdemokraten uns von den Sozialdemokraten. Sie haben eben nicht ein Menschenbild, bei dem die Freiheit des Menschen über den Frieden geht.

Ich erkenne an, dass Sie in der Fragen des Kosovo-Krieges aufgrund hohen internationalen Drucks und eigener Einsicht den Frie-

denzbegriff in den Freiheitsbegriff integriert haben. Das haben Sie geschafft, nachdem Sie jahrelang Verfassungsklage gegen deutsche Kriegsschiffe auf der Adria erhoben haben. Sie, Frau Fuchs, waren damals bei den Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht dabei. Das haben wir alles nicht vergessen. Jetzt haben Sie dazu gelernt; wir freuen uns darüber.

Ich muss leider feststellen, dass Sie innenpolitisch dieser Frage nach wie vor keine grundsätzliche Bedeutung zumessen. Sie kooperieren in den neuen Bundesländern mit einer Partei, die gegen die NATO ist und sich massiv gegen den Kosovo-Krieg einsetzte, nämlich mit der PDS.

Sie haben mit der SED auf gleicher Augenhöhe kooperiert

Damit setzen Sie das Signal, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, dass die Freiheit innen- und außenpolitisch gleichermaßen ein unteilbares Gut ist. Deshalb war es auch ein Fehler – die Sozialdemokratie sollte sich damit noch einmal auseinander setzen –, dass Sie mit der SED auf gleicher Augenhöhe kooperiert haben. Das ist etwas Grundsätzliches. Es ist nämlich, liebe Frau Schmidt, etwas anderes, ob sie mit einer Partei, die für sich die historische Mission der Arbeiterklasse und damit die Diktatur reklamiert hat, auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten, oder ob man Erich Honecker empfängt und vor der Öffentlichkeit von Ost und West Reden hält, die die Menschen beeindruckt und die nach außen eine Wirkung hatten. Das ist ein Unterschied für mich. Das müssen Sie mich schon sagen lassen.

Herr Struck, Sie müssen einfach wissen, dass ich, je lauter Sie schreien, um so mehr Recht habe. Das ist die ganze Quintessenz aus Ihrem Verhalten.

Teilung kann nur durch Teilen überwunden werden. Dabei ist heute vielen zu danken: Den Menschen in den neuen Bundesländern für ihre Veränderungsbereitschaft, den Menschen in den alten Bundesländern für ihre Solidarität. Der Sozialismus hat katastrophale Erblasten hinterlassen. Wir dürfen Ursache und Wirkung heute nicht durcheinander bringen.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Maschinen- und Industrieanlagen betrug damals 26 Jahre. Ich hoffe, Herr Eichel erreicht mit den neuen Abschreibungsfristen diese Zahl nicht wieder. Aber das nur als kleine Seitenbemerkung. Weite Teile des Straßennetzes waren nicht mehr zu benutzen. Alte, Kranke und geistig Behinderte wurden in einer grauenhaften Weise behandelt. Die Umweltsituation war dramatisch. Das planwirtschaftliche System war eben vom Ansatz her nicht in der Lage, eine Wirtschaft irgendwie in Gang zu halten. Dass wir heute 543.000 selbstständige Unternehmer haben, ist eine der großen Leistungen für die neuen Bundesländer.

Chefsache Schröder ist zu einem Bremsklotz Schröder geworden

Aber der Prozess der inneren Einheit ist nicht abgeschlossen. Wer durch die neuen Bundesländer fährt, sieht Fortschritte, aber er sieht auch, dass noch vieles zu tun ist. Es ist eben nicht ausreichend, wenn in den letzten zwei Jahren das Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern hinter dem in den alten Bundesländern lag. Angesichts der gesamtkonjunkturellen Lage hätte eigentlich diese Entwicklung schon längst umgekehrt sein müssen.

Herr Bundeskanzler, ich werfe Ihnen vor, dass Sie in den letzten zwei Jahren viele Gesetze verabschiedet haben, die die neuen Bun-

desländer stärker betroffen haben als die alten: das 630-Mark-Gesetz, das Gesetz über die Scheinselbstständigkeit. Die Aussetzung der Nettolohn-Anpassung der Renten hat ein Jahr lang dazu geführt, dass die Rentnerinnen und Rentner nicht an der Lohnangleichung teilgehabt haben.

Die Ökosteuer trifft die neuen Bundesländer stärker, weil mehr Leute arbeitslos sind, weil mehr Leute keine Entlastung im Rentensystem bekommen, weil die Pendler weiter fahren müssen. Ich sag Ihnen voraus, die Steuerreform trifft die neuen Bundesländer auch stärker, weil nämlich die mittelständischen Unternehmen besonders benachteiligt und von denen sehr viel mehr in den neuen Bundesländern sind. Deshalb ist es so, dass die Chefsache Schröder in vielen Stellen zu einem Bremsklotz Schröder in den neuen Bundesländern geworden ist. Herr Bundeskanzler, ich werfe Ihnen auch vor, dass Sie in Ihrer Regierungszeit noch keine einzige politische Entscheidung getroffen haben, die in wirklich wesentlicher Weise dem Grundsatz, dass Teilung nur durch Teilen überwunden werden kann und dass damit auch Verzicht verbunden ist, für die neuen Bundesländer gefolgt ist. Sie haben den Transrapid von Berlin nach Hamburg gestoppt. Sie haben den Airbus A3XX nach Hamburg gegeben. Sie haben als letzte Tat als Ministerpräsident von Niedersachsen gesagt: Ich möchte, dass der A3XX in Hamburg gebaut wird, denn dahin kommen die niedersächsischen Pendler schneller als nach Rostock-Lage. Das waren die Worte des Herrn Schröder, als er schon wusste, dass er Bundeskanzler wird. So wird es nichts!

Ich glaube, wir sollten an diesem 3. Oktober auch etwas anderes nicht vergessen. Neben den materiellen Notwendigkeiten beim Aufbau...

Präsident Wolfgang Thierse: *Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte doch bei aller gelegentlich verständlichen Erregung ausdrücklich darum zuzuhören.*

Angela Merkel: Sie können nicht zuhören. Ich hatte angenommen, mit dem Jahre 1989 sei sozusagen die freie Wortwahl erlaubt. Da ich mich sonst auch nicht in Pöbeleien ergehe, könnten Sie wirklich zuhören. Es dauert auch nicht mehr ewig.

An diesem 3. Oktober sollte etwas anderes nicht vergessen werden. Neben den materiellen Notwendigkeiten beim Aufbau der neuen Bundesländer muss auch über die immateriellen Schäden gesprochen werden. Vielleicht haben wir uns in den letzten Jahren nicht ausreichend mit den Menschen und ihren Lebensumständen befasst.

Die Leistungen und das Leben der einzelnen Menschen in der DDR zeichneten sich dadurch aus, dass sie versucht haben, unter den Bedingungen eines Unrechtsstaates ein aufrechtes Leben zu führen, jedenfalls die große Mehrheit. Der Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland ist nur unvollkommen geeignet und in der Lage, die Folgen einer Diktatur angemessen aufzuarbeiten. Das haben wir bei vielen Opfern von Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl, Enteignung, Bevormundung und beruflichen Benachteiligungen gespürt. Dies hat auch zu viel Trauer und Unverständnis in den neuen Bundesländern geführt. Deshalb ist es so wichtig, dass das, was sich dem Strafrecht entzieht, dennoch unserer politischen und moralischen Bewertung unterzogen wird.

Ich möchte an dieser Stelle deshalb auch Joachim Gauck danken, der als Beauftragter für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit großer Sensibilität viel von dem aufgearbeitet hat, was der herkömmliche Rechtsstaat nicht leisten kann.

Ich wünsche seiner vermutlichen Nachfolgerin, Frau Birthler, alles Gute.

Freiwilliges Engagement, das vor 10 Jahren nicht vorstellbar war

Dass es gelungen ist, in 40 Jahren Sozialismus trotz eines diktatorischen Systems aufrecht Familienleben und kirchliche Bindungen zu erhalten, ist eine der großen Leistungen der Menschen in den neuen Bundesländern. Für mich ist die wunderbarste und erfreulichste Entwicklung, dass wir heute in den neuen Bundesländern eine Welle von persönlichem, privatem und vereinsrechtlichem Engagement haben, wie dies in seiner Vielfalt vor 10 Jahren nicht absehbar war.

Die SED hat über Jahrzehnte davon gelebt, die Substanz, auf der sich eine Gesellschaft aufbaut und deren Grundlagen sie sich selbst gar nicht schaffen kann, zerstören zu wollen. Dies ist aber in 40 Jahren nicht gelungen. Was heute in Heimatvereinen, Feuerwehrvereinen, Musikvereinen, Selbsthilfegruppen und Sportvereinen an persönlichem, freiwilligem Engagement auf der Tagesordnung steht, war vor 10 Jahren nicht vorstellbar. Es zeigt sich, dass die Entscheidung der Menschen, ihre Kreativität zu nutzen und sich für unsere Gesellschaft einzusetzen, gerade auch in den neuen Bundesländern wieder eine Heimstatt gefunden hat. Deshalb müssen alle Bemühungen gestärkt werden, die dies unterstützen.

Ich muss an dieser Stelle aber auch sagen: Es kommt nicht von ungefähr, dass die neue Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern unter der Beteiligung von SPD und PDS als eine der ersten Amtshandlungen die Förderung von privaten Schulen und Kindergärten eingeschränkt und nicht weiter ausgebaut hat. Ich sehe darin eine prinzipielle Entscheidung. Es kommt nicht von ungefähr,

dass Herr Holter zum dritten Mal die Plattenbauten fördert, aber den Bau von Eigenheimen nicht fördern will. Dies gehört zwar vielleicht nicht zu den grundsätzlichen Entscheidungen zwischen Freiheit und Sozialismus. Aber es sind Weichenstellungen, die auf Dauer den Charakter dieser Republik prägen werden. Deshalb sage ich: Engagement stärken!

Da wir uns darin einig sind, dass die Schule eine der wesentlichen Grundpfeiler ist, um Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Rechtsradikalismus und Linksradikalismus Einhalt zu gebieten, sollten wir grundsätzlich darüber diskutieren, ob wir alle Schüler möglichst lange in einer Einheitsschule unterrichten wollen oder ob wir private Schulformen unterstützen wollen. Das ist ein entscheidender Punkt.

Herr Bundeskanzler, für die Zukunft der neuen Bundesländer stehen nicht mehr Reisen in den Osten wie Reisen in ein fremdes Land auf der Tagesordnung. Für die Zukunft der neuen Bundesländer steht auf der Tagesordnung, die Punkte herauszustreichen, in denen die neuen Bundesländer weiter sind als die alten Bundesländer: beispielsweise schnelleres Planungsrecht und geringere Schulzeiten bis zum Abitur. Ich würde mich freuen, wenn in diesem Punkt – 12 Jahre bis zum Abitur – auch diejenigen neuen Bundesländer nachziehen würden, die von der SPD regiert werden; Sachsen und Thüringen haben es bereits geschafft. Das wäre ein Ansporn für ganz Deutschland.

Für die Zukunft steht außerdem auf der Tagesordnung, dort, wo strukturelle Benachteiligungen sichtbar sind, eine gezielte Förderung auf den Weg zu bringen.

Es geht jetzt um ganz konkrete Taten

Vor der staatlichen Einheit am 3. Oktober haben die Menschen 1989 gerufen: „Wir sind



Die SED hat über Jahrzehnte davon gelebt, die Substanz, auf der sich eine Gesellschaft aufbaut und deren Grundlagen sie sich selbst gar nicht schaffen kann, zerstören zu wollen. Dies ist aber in 40 Jahren nicht gelungen. Was heute in Heimatvereinen, Feuerwehrvereinen, Musikvereinen, Selbsthilfegruppen und Sportvereinen an persönlichem, freiwilligem Engagement auf der Tagesordnung steht, war vor 10 Jahren nicht vorstellbar. Es zeigt sich, dass die Entscheidung der Menschen, ihre Kreativität zu nutzen und sich für unsere Gesellschaft einzusetzen, gerade auch in den neuen Bundesländern wieder eine Heimstatt gefunden hat. Deshalb müssen alle Bemühungen gestärkt werden, die dies unterstützen.

ein Volk!“ Das hat uns die Einheit als Nation gebracht. Ich habe den Eindruck, dass dies auch dazu geführt hat, dass wir wieder von unserem Vaterland sprechen können, dass wir in Ost und West – wie in anderen Ländern auch – gemeinsam stolz darauf sein können, als Angehörige unserer Nation, als Bürger unseres Vaterlandes – also als Deutsche – in dieser Welt Verantwortung zu tragen.

Dass wir dies tun können und dass unsere Nachbarn dies tragen, ist einer der großen Erfolge der deutschen Einheit. Es ist aber auch eine Verpflichtung. Herr Bundeskanzler, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass daraus die Verpflichtung erwächst, für Mittel- und Osteuropa, klare Perspektiven für den Beitritt in die Europäische Union zu entwerfen. Aber ich sage Ihnen auch: Die Sonntagsreden wurden im Wesentlichen vor 1990 gehalten. Heute geht es um ganz konkrete Taten.

Sie haben auf dem Berliner Gipfel die Agenda 2000 nicht so verhandelt, dass die Beitrittsfähigkeit seitens der EU schon hergestellt ist. Sie haben beispielsweise nicht dafür gesorgt, dass mit Polen Verhandlungen über die Landwirtschaftsstruktur geführt werden. Dies werden wir in den nächsten Jahren konkret fordern. Dies erfordert eine Politik – das ist eine schwierige Aufgabe –, die nicht nur an den Augenblick denkt, sondern die zu Ende denkt.

Das sind die Punkte, Herr Bundeskanzler, bei denen ich mir nicht ganz sicher bin, ob sich Ihr grundsätzliches Politikverständnis zwischen 1989 und heute geändert hat oder ob Sie bis heute nicht verstanden haben, dass es nicht nur um den Augenblick, sondern um die langfristige Perspektive und das Zu-Ende-Denken jeder politischen Frage geht.

Herzlichen Dank!

HELMUT KOHL:

Die Union ist die Partei der deutschen Einheit

Den richtigen Kurs gesteuert

Das vergangene Jahrhundert wurde in seiner ersten Hälfte geprägt von zwei schrecklichen Diktaturen, einer braunen und einer roten Diktatur. Es war gezeichnet von dem Grauen und dem Elend zweier Weltkriege, von Menschenverachtung und totalitärer Herrschaft.

In einer zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts setzten sich in Deutschland Freiheit, Demokratie, die Herrschaft des Rechts und die Achtung der Menschenwürde durch. Allerdings zunächst nur in einem Teil unseres Landes. Vor zehn Jahren erhielten die uns verbindenden Werte im wiedervereinten Deutschland Gültigkeit.

An diesen Veränderungen vom Schlimmen zum Guten in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts haben wir, CDU und CSU entscheidenden Anteil gehabt. Wir können selbstbewusst sagen: Unsere Union hat die Bundesrepublik Deutschland geprägt wie keine andere Partei. Wir haben auch Fehler gemacht, aber in allen großen Schicksalsfragen unseres Volkes in diesen letzten fünf Jahrzehnten hat die Union den richtigen Kurs gesteuert.

Und dass wir heute den zehnjährigen Gründungstag als wiedervereinigte Partei in einem wiedervereinigten Land feiern können, das ist für mich Anlass zur Freude und zur Dankbarkeit. ■■■

CDU – die große deutsche Volkspartei der Mitte

Die CDU war bei ihrer Gründung in jeder Hinsicht etwas Neues. In ihr sammelten sich Männer und Frauen mit christlich-sozialer, konservativer und liberaler Überzeugung. Es war der erste große Versuch, von evangelischen und katholischen Christen in einer gemeinsamen Volkspartei zusammen zu wirken.

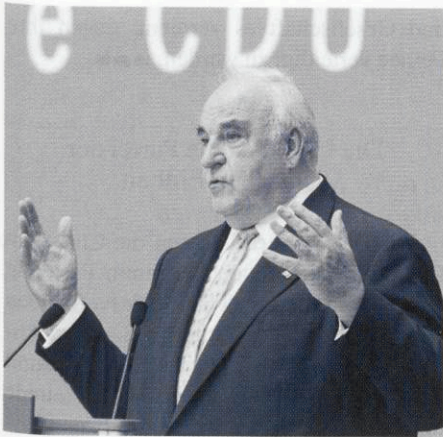
Heute gibt es kaum noch eine Vorstellung

davon, wie sehr noch bis in die fünfziger Jahre hinein überkommene Gegensätze zwischen den Konfessionen das Miteinander in Deutschland erschwerten. Die Union hat mit ihrer Gründung auch einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der konfessionellen Gegensätze geleistet. Wir haben aus diesen Erfahrungen unsere gemeinsamen Grundwerte und Grundüberzeugungen entwickelt. Unser Standort ist die politische Mitte in Deutschland. Wir sind und bleiben die große deutsche Volkspartei der Mitte. Wir bieten allen Gruppen und Schichten unseres Volkes die Chance auf politische Heimat. ■■■

Aus der Rede des Bundeskanzlers a.D. anlässlich der Feier „Einigkeit und Recht und Freiheit – 10 Jahre **eine** CDU für **ein** Deutschland am 1. Oktober

Zwei Seiten der selben Medaille

Wostünden wir heute in Deutschland, muss doch gefragt werden, wenn im Jahr 1948 nicht



Ludwig Erhardt mit visionärer Kraft und einer zähen Überzeugungsarbeit die Währungs- und Wirtschaftsreform durchgesetzt hätte? Wo stünden wir, wenn nicht Konrad Adenauer damals die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker geführt hätte? Damit hat er die Grundlage für die Politik der Europäischen Integration gelegt. Er hat – in Verbindung mit der transatlantischen Partnerschaft und vor allem der USA – die Chance eröffnet, dass wir als gleichberechtigtes Mitglied wieder in die Staatenfamilie aufgenommen wurden.

Der Wunsch Konrad Adenauers, die Verständigung, ja die Aussöhnung mit unseren Kriegsgegnern zu erreichen, ist in Erfüllung gegangen.

Zur historischen Wahrheit gehört, dass CDU und CSU nach Zögern, nach langen Kämpfen und manch bitterer Auseinandersetzung die Ostpolitik Willy Brandts unterstützt und fortgesetzt haben. Das alles waren entscheidende Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Wir sind stolz darauf, dass für uns, für CDU und CSU, die Europäische Einigung und die Deutsche Einheit zwei Seiten der selben Medaille sind und bleiben.

Wir haben immer mit ganzer Kraft dafür gekämpft, dass ein vereintes Deutschland in Freiheit in Europa zusammenwachsen kann. Wir wollen diese Vision verwirklichen, die für uns das Gesetz des Anfangs war. Sie ist und bleibt ein Kernstück unseres politischen Selbstverständnisses. ■■■

Die SPD hatte das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes schon aufgegeben

In der Frage der Einheit der Nation hat die SPD nicht nur die Grundsätze großer Persönlichkeiten – wie Kurt Schumacher und Ernst Reuter – preisgegeben. Sie waren drauf und dran, unsere Landsleute in der DDR kläglich im Stich zu lassen.

Im August 1987 beschloss die SPD als Krönung ihrer Zusammenarbeit mit der SED ein Grundsatzpapier, in dem es hieß: „Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, währenddessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen.“ Mit diesem Papier gab die SPD endgültig das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes auf.

Wir, die CDU und CSU haben immer an den Verfassungszielen festgehalten. ■■■

Auch Schröder fehlte das Ziel der Wiedervereinigung

Gerhard Schröder sprach noch am 12. Juni 1989 davon, dass man „nach vierzig Jahren Bundesrepublik eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen der Wiedervereinigung belügen sollte. Es gibt sie nicht“. Ihm fehlte das Ziel, und deswegen hätten er und die Linke auf dem Weg zur Einheit kläglich versagt. ■■■

Das Tor der Geschichte stand nur eine kurze Zeitspanne lang offen

Die Union hat nie aufgehört, für die Einheit der Deutschen in Freiheit zu arbeiten. Deswegen ist es uns auch gelungen, in nur wenigen Monaten in den Jahren 1989 und 1990 die Deutsche Einheit zu verwirklichen. In dieser nur kurzen Zeitspanne stand das Tor der Geschichte einen Spalt weit offen. Wir haben diese Chance genutzt. Wir sind durch das Tor gegangen und haben mit Gottes Hilfe und vielen Freunden die Wiedervereinigung erreicht. ■■■

Tapfere Männer und Frauen leisteten Widerstand gegen den kommunistischen Machtanspruch

In der „Sowjetisch besetzten Zone“ gab es mutiges Auftreten gegenüber den sowjetischen Machthabern. Tapfere Frauen und Männer in der CDU leisteten gemeinsam mit Demokraten anderer Parteien Widerstand gegen den kommunistischen Machtanspruch.

Viele unbeugsame CDU-Mitglieder wurden nach 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von der SED-Staatsführung verfolgt und verhaftet. Heute wissen wir, dass zwischen den Jahren 1945 und 1955 ca. 1400 CDU-Mitglieder aus politischen Gründen verurteilt wurden. Sie verbüßten ihre langjährigen Haftstrafen teils in sowjetischen Lagern, teils in Zuchthäusern der DDR.

Viele von ihnen waren gerade erst den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und Todeszellen des NS-Regimes entronnen. Ihr Beispiel führt uns eindringlich vor Augen, dass unsere freiheitliche Ordnung in Staat

und Gesellschaft es verdient, gegen ihre Feinde verteidigt zu werden. ■■■

Die Union ist die Partei der deutschen Einheit

Als sich vor zehn Jahren die Christlich Demokratische Union bei ihrem Parteitag in Hamburg mit den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Ost-Berlin vereinigte, kamen viele Freunde hinzu, die sich nicht einer vorgegebenen Parteilinie angepasst hatten.

Viele Mitglieder des Demokratischen Aufbruchs und der Deutschen Sozialen Union sowie Bürgerrechtler aus anderen Parteien und Gruppierungen haben sich seit 1990 der Union angeschlossen. Und dass heute mit Angela Merkel eine Frau an der Spitze der Christlich Demokratischen Union steht, die vor zehn Jahren zur CDU gestoßen ist, beweist doch nur einmal mehr: Die Union ist die Partei der deutschen Einheit! ■■■

Ein Traum ging in Erfüllung

Vor zehn Jahren, am 3. Oktober 1990, konnten wir zum ersten Mal die Wiedervereinigung Deutschlands feiern. Elf Monate zuvor war die Mauer gefallen.

Der 9. November 1989 und der 3. Oktober 1990 zählen zu den glücklichsten Tagen der Deutschen in der Geschichte ihres Landes. Die Gewinnung unserer Einheit in Frieden und Freiheit bleibt einer der glücklichsten Augenblicke unserer Union.

Ich habe es als besonderes Glück empfunden, dass ich die Wiedervereinigung meines Vaterlandes erleben durfte. Ein Traum ging in Erfüllung. ■■■

”

Wo stünden wir, wenn nicht Konrad Adenauer damals die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker geführt hätte? Damit hat er die Grundlage für die Politik der Europäischen Integration gelegt. Er hat – in Verbindung mit der transatlantischen Partnerschaft und vor allem der USA – die Chance eröffnet, dass wir als gleichberechtigtes Mitglied wieder in die Staatenfamilie aufgenommen wurden.

Der Wunsch Konrad Adenauers, die Verständigung, ja die Aussöhnung mit unseren Kriegsgegnern zu erreichen, ist in Erfüllung gegangen.

Zur historischen Wahrheit gehört, dass CDU und CSU nach Zögern, nach langen Kämpfen und manch bitterer Auseinandersetzung die Ostpolitik Willy Brandts unterstützt und fortgesetzt haben. Das alles waren entscheidende Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Was bleibt und weiter wirkt

Im wiedervereinigten Deutschland steht die Union heute in einem völlig veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Partei mit dem „C“ im Namen bei abnehmenden kirchlichen Bindungen Anziehungskraft behält. Es gilt aber auch heute noch, was Konrad Adenauer vor über vierzig Jahren sagte: „Politische Tageserfolge können im Bewusstsein eines Volkes verblassen. Was aber bleibt und wei-

ter wirkt, ist die Kraft und Geschlossenheit einer Haltung, hinter der eine Idee steht.“

Unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung ist wesentlich auf der Grundlage christlicher Werte aufgebaut. Auf dieses Fundament können und wollen wir nicht verzichten. Es sichert im Zusammenleben der Bürger Toleranz und gegenseitige Rücksichtnahme.

Bleiben wir also die Partei, die die freiheitliche Ordnung unseres Grundgesetzes vollständig unterstützt. Wir wollen diese Verfassung und keine andere. ■■■

ANGELA MERKEL:

Unsere Aufgabe ist klar: das Erbe bewahren – der **Zukunft** zugewandt

Das ist ein schöner Tag für die Christlich Demokratische Union

Lieber Helmut Kohl, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie sich freuen, heute hier bei uns zu sein. Ich kann Ihnen sagen: Auch wir freuen uns, auch ich freue mich ganz persönlich, dass Sie heute hier bei uns sind, dass wir diesen Tag gemeinsam feiern. 10 Jahre **eine** CDU für **ein** Deutschland: Das ist ein schöner Tag für uns. Das ist ein schöner Tag für die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Und das natürlich auch deshalb, weil ja auch kein Zweifel darüber besteht: Wir haben als Partei eine der schwierigsten Bewährungsproben unserer Geschichte zu bestehen gehabt. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, was für das Wohl einer Partei vertretbar war und was nicht. Darüber brauchen wir gar nicht hinweg zu reden.

Aber ebenso wenig besteht ein Zweifel darüber: Die 25 Jahre des Parteivorsitzenden Helmut Kohl werden mit Konten und Rechenschaftsberichten mit Sicherheit nicht ausreichend beschrieben. Diese 25 Jahre sind für ein Mitglied der Gemeinschaft CDU viel mehr. Unsere Partei ist viel mehr. Es sind die Mitglieder, die Verbände und Vereinigungen, Alte und Junge, Ost und West – es sind Menschen mit Idealen, Werten und Zielen. Diese Partei hat eine Seele. Sie hat Prin-

zipien. Sie hat Maßstäbe. Sie hat großartige Grundwerte.

Worte, die ich nie vergessen werde

Nie werde ich Worte vergessen, die Helmut Kohl 1987 Erich Honecker direkt ins Gesicht gesagt, vor aller Öffentlichkeit. Ich habe sie in meiner Wohnung in Ost-Berlin vor dem Fernseher gehört: „Die Menschen in Deutschland leiden unter der Trennung. Sie leiden an einer Mauer, die ihnen buchstäblich im Wege steht und die sie abstößt. Wenn wir abbauen, was Menschen trennt, tragen wir dem unüberhörbaren Verlangen der Deutschen Rechnung: Sie wollen zueinander kommen können, weil sie zusammengehören.“

Diese Worte haben mir Mut gemacht. Sie haben uns Hoffnung gegeben. Sie waren ein Baustein auf dem langen Weg, der zum 9. November 1989 und schließlich bis zum 3. Oktober 1990 zurückgelegt werden musste. ■■■

Warum kein Streit, der uns gedanklich weiterbringt?

Einige sagen in diesen Tagen: Ach, die Deutschen – und vor allem – ach, die Politiker, sie können sich doch gar nicht richtig freuen. Und müssen sie sich schon wieder



streiten. Ich kann diese Diskussion im Grunde gar nicht verstehen. Ich kann nicht verstehen, wenn es heute heißt, diese deutsche Einheit eigne sich nicht zum Parteienstreit. Gut, wenn man unter Parteienstreit Pöbeleien und Beleidigungen versteht, dann ist das wahr. Dafür eignet sich die deutsche Einheit nicht, wie im Übrigen andere Fragen auch nicht.

Aber warum kein Parteienstreit, der uns gedanklich weiterbringt? Warum keine Debatte zur deutschen Einheit? Warum keine Debatte – im wahrsten Sinne des Wortes – zur Lage der Nation? Bei der heftig gestritten wird, weil gerungen wird um den richtigen Weg für unser Land? Wann, wenn nicht jetzt? 10 Jahre nach der Wiedervereinigung.

Wollen wir etwa bei dem stehen bleiben, was wir im Herbst 1989 erreicht haben, was am 3. Oktober 1990 mit der staatlichen Einheit vollzogen wurde? ■■■

**Meine große Sorge,
dass Schröder entscheidet, worüber
gestritten werden darf**

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe eine große Sorge – und ich habe lange über-

legt, ob ich diese Sorge hier heute ansprechen darf (es ist ja immerhin ein feierlicher Anlass), aber ich tue es trotzdem, weil sie mich wirklich sehr umtreibt – ich habe eine Sorge, die mich nicht erst seit dem Streit darüber beschäftigt, ob man über die deutsche Einheit streiten darf.

Ich habe die Sorge, ob wir Deutschen uns ein Klima schaffen lassen, in dem jede abweichende Haltung von einer vorgegebenen als deplaziert, unappetitlich, kleinkariert abgetan wird.

Ich riskiere es noch etwas präziser: Ich möchte nicht in die Situation kommen, in der Gerhard Schröder die Instanz wird, die darüber entscheidet, wann gesagt werden darf „Danke Helmut“ und wann gesagt werden soll „Jetzt reicht’s“. Ich möchte nicht, dass er derjenige ist, der entscheidet, ob eine Aktion der Opposition gegen die Ökosteuern noch gerade opportun ist und ab wann sie als Aufruf zur Nötigung zu werten ist. Ich möchte nicht, dass es irgendwann im Sommer 2002 heißt – die Zeit des Parteienstreits im Wahlkampf ist vorbei. Das ist von gestern, das gefährdet die Erholung am Arbeitsmarkt und verunsichert nur unsere internationalen Partner. ■■■

**1994 haben wir unser neues
Grundsatzprogramm verabschiedet**

Die Menschen wollen nicht, dass über ihre Köpfe hinweg geredet wird. Sie wenden sich sehr schnell ab, wenn an ihren Bedürfnissen vorbei geredet wird. Politik und Parteien müssen sich immer neu vergewissern, dass sie wissen, was zu tun ist.

Die CDU hatte sich deshalb 1992 – zwei Jahre nach der Wiedervereinigung – entschlossen, die Arbeit an einem neuen Grundgesetzprogramm zu beginnen. Sie war die er-

ste Partei, die diese Aufgabe anpackte. 1994 wurde das neue Grundsatzprogramm verabschiedet:

- erstmals mit einer bewertenden Aussage über den politischen Weg der CDU in der DDR
- mit einem veränderten Familienbild
- mit der Sozialen Marktwirtschaft, die zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt wurde
- mit einer Bestandsaufnahme der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas
- mit einer völlig neuen Bestimmung von Deutschlands Verantwortung für die Welt.

Die CDU hat mit ihrem Grundsatzprogramm von 1994 gezeigt: Sie ist auf der Höhe der Zeit und trotzdem nicht beliebig. ■■■

Ich wünsche mir eine Debatte über die Lage der Nation am Beginn des 21. Jahrhunderts

Was ist das Ziel heute im 21. Jahrhundert? Wenn von Globalisierung, Digitalisierung, wenn von Märkten, die keine Grenzen mehr kennen, gesprochen wird? Genau darüber wünsche ich mir den Streit der Parteien, den Wettstreit um die besten Argumente und Lösungen. Genau darüber wünsche ich mir am 10. Jahrestag der deutschen Einheit eine Debatte – es geht um die Lage der Nation am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Was ist in einer solchen Zeit überhaupt noch der Anspruch der Politik? Viele Menschen sagen, die Wirtschaft macht doch sowieso, was sie will. Die Märkte entwickeln sich von selbst. Was soll da noch die Politik? Was kann da noch die Politik?

Wir alle wissen, dass viele Menschen Sorgen, ja Angst vor der Globalisierung, vor dem grenzenlosen, vor dem immer schneller werdenden Leben haben. Was sind das auch für Schlagworte – Überalterung, Beschleunigung, Modernisierungsgewinner, Modernisierungsverlierer, old economy, new economy? Ist das nicht ein Karussell, das sich schneller und schneller dreht, bei dem der Einzelne verdammt gut angeschnallt sein muss?

Wir sind nicht die Partei der Modernisierungsgewinner oder der Modernisierungsverlierer. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir müssen sie weiterentwickeln. Ich will, dass wir die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft in das 21. Jahrhundert tragen. Dann schaffen wir die Neue Soziale Marktwirtschaft.

Für eine Neue Soziale Marktwirtschaft müssen wir aufhören, die Schlachten von gestern zu schlagen. Lassen Sie uns darüber eine Debatte in Deutschland führen. ■■■

Teilung wird durch Teilen überwunden

Wenn sich die Verhältnisse verändern, müssen auch wir uns verändern. Dann können wir im Übrigen auch die Punkte auf die Tagesordnung setzen, bei denen die neuen Bundesländer weiter sind als die alten Bundesländer: das schnellere Planungsrecht, die kürzere Schulzeit bis zum Abitur. Sachsen und Thüringen haben die Schulzeit auf 12 Jahre verkürzt. Das ist Ansporn für ganz Deutschland.

Gleichzeitig müssen wir dort, wo strukturelle Benachteiligungen im Osten sichtbar sind, eine gezielte Förderung auf den Weg bringen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle den Menschen in den alten Bundesländern

ausdrücklich für ihre Solidarität danken. Der Sozialismus hat furchtbare Erblasten hinterlassen. Die Menschen in Ost und West stellen unter Beweis: Teilung wird durch Teilen überwunden. Dieser Satz ist im Jahr 2000 so richtig wie im Jahr 1990. ■■■■

Was für mich zu den größten Leistungen der Menschen in den neuen Ländern zählt

Dass es gelungen ist, in 40 Jahren Sozialismus trotz eines diktatorischen Systems so etwas wie ein aufrechtes Familienleben und kirchliche Bindungen aufrechtzuerhalten, das zählt für mich zu den größten Leistungen der Menschen in den neuen Bundesländern. Für mich ist es deshalb auch eine der wunderbarsten Entwicklungen seit der deutschen Einheit, welche Welle von persönlichem und privatem Engagement wir in den neuen Bundesländern haben. Das war vor 10 Jahren nicht absehbar.

Die SED hat es nicht geschafft, die Grundlage, auf die sich eine Gesellschaft aufbaut, zu zerstören. Was heute in Heimatvereinen, Feuerwehrvereinen, Musikvereinen, Sportvereinen, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen an persönlichem, freiwilligem Engagement vorhanden ist, das zeigt eines: Die Menschen in den neuen Bundesländern können ihre Kreativität, ihre Liebe zur Heimat, ihr soziales und kulturelles Leben wieder voll entfalten. ■■■■

Europa braucht einen Verfassungsvertrag

Das Ziel der endgültigen Einheit Europas ist und bleibt ein fester Bestandteil unserer politischen Identität. Aber auch hier dürfen wir nicht bei dem stehen bleiben, was er-

reicht worden ist. Auch hier müssen wir eine intensive politische Debatte über den weiteren Weg führen.

Bei Europa geht es um Stabilität im umfassenden Sinne. Es geht um soziale und politische, um ökonomische und ökologische, um innere und äußere Stabilität.

Dann kommen wir um eine Entscheidung über eine klare Kompetenzverteilung nicht umhin, um eine Kompetenzverteilung zwischen den europäischen Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen und der supranationalen Ebene der EU. Diese Kompetenzverteilung ist der Schlüssel für ein gleichermaßen starkes wie großes Europa der Zukunft. Genauer: Das Prinzip der Subsidiarität ist dieser Schlüssel.

Und dann ist für mich klar: Europa braucht einen Verfassungsvertrag, der das Wertefundament Europas, der eine klare Kompetenzabgrenzung und demokratische Strukturen definiert. Ich wünsche mir, dass der Mann, der den Einigungsvertrag maßgeblich gestaltet hat, ich wünsche mir, dass Wolfgang Schäuble die Vorstellungen formuliert, die die CDU für einen solchen Verfassungsvertrag entwickelt. ■■■■

Eine neue Art von Wachstum wird erkennbar

Wir dürfen nicht einfach staunend oder nur angsterfüllt (beides sind die falschen Extreme) vor dem gewaltigen Zuwachs an Erkenntnissen über die Baupläne menschlichen Lebens stehen. In der Genomforschung und in der Biotechnologie finden bahnbrechende Entwicklungen statt. Die alte Frage, ob der Mensch alles darf, was er kann, stellt sich mit neuer Schärfe. Für mich ist dabei klar: Nur wer bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien führt, kann auch die De-

batte über ihre ethische Verantwortbarkeit bestimmen.

Die Fortschritte vor allem in der Bio- und Gentechnologie, aber auch in der Medizin erlauben uns, Krankheiten zu erkennen und zu heilen, die früher hingenommen werden mussten. Sie geben uns die Chance zur erheblichen Steigerung der Nahrungserzeugung, damit Armut und Hunger in der Welt überwunden werden können. Eine neue Art von Wachstum wird erkennbar, das nicht zunehmend Rohstoffe, Energie und Umwelt verbraucht, sondern endliche Ressourcen schont und regenerative Ressourcen nutzt. Es ist begründet auf menschliche Intelligenz, auf Wissenschaft, Forschung und Technik. ■■■



CDU – die große Volkspartei der Mitte

Die CDU hat nie eine Politik für Klassen oder Schichten gemacht. Sie hat stets den Einzelnen ernst genommen, ihn mit seinen Sorgen und seinen Ansprüchen gesehen. Sie ist durch die Integration unterschiedlichster

gesellschaftlicher Gruppen die große Volkspartei der Mitte geworden.

Auf dieser Grundlage ist unsere Aufgabe als CDU klar:

- Das Erbe bewahren.
- Der Zukunft zugewandt.

<http://>

Anlässlich der Tagung „Europa und die deutsche Einheit“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 27. September:

- Deutschlands Einheit und europäische Einigung. Rede von Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl
- 10 Jahre Wiedervereinigung – Europa und die deutsche Einheit. Rede der Parteivorsitzenden Angela Merkel
- Den Wortlaut der beiden Reden finden Sie unter www.cdu.de/wochenthema/10jahre-einheit/inhalt.htm



Wem gehört die Einheit?

Die deutsche Einheit kann niemand für sich beanspruchen, die SPD und ihr wendiger Bundeskanzler am allerwenigsten. Er hielt vor zehn Jahren die Einheit für „reaktionär und gefährlich“, er erkannte - im Gegensatz zu Helmut Kohl - die Gunst der Stunde eben nicht und lehnte die Wiedervereinigung bis zuletzt sogar ab. Zum posthumen Einheitsstreiter kann er sich nur mit maximaler Verlogenheit stilisieren. Der Kanzler sollte sich also mit seiner Macht in der Gegenwart begnügen, die Macht über die Geschichte der Wiedervereinigung wird er nie erringen.

Die Welt

Kontinuität

Am zehnten Jahrestag ihrer Wiedervereinigung hat die CDU sich für das zweite Jahrzehnt im Freiheit und Einigkeit positioniert. Nach elf Monaten der Turbulenz, ja der Existenzkrise hat die Führung zur künftigen Offensivformation gefunden: Auf dem Fundament ihrer Erfolge unter Kohl soll die CDU nach dem Willen von Frau Merkel nicht nur in den nächsten Bundestagswahlkampf, sondern in die neue Epoche gehen. Da die kommenden Jahre sowohl wegen der Globalisierung als auch wegen der biotechnischen Umwälzungen für die Bevölkerung geradezu unabsehbar sind, kommt dem von Schröder so genannten kleinkarierten Streit über

den Weg zur deutschen Einheit aus Sicht der CDU und ihrer Vorsitzenden fundamentale Bedeutung zu. Es geht - in Frau Merkels Worten - darum, ob eine Partei „die Zeichen der Zeit erkennt“, und ob sie diese „zu Ende denkt“. Wo, wenn nicht am historischen Beispiel des Untergangs des kommunistischen Weltsystems und der erreichten Wiedervereinigung, kann die Bewährung einer Partei und einer bestimmten Politik überprüft und nachgewiesen werden? Die CDU ist überzeugt davon, dass sie Schritt für Schritt die richtige Richtung eingehalten hat, indem sie zwar nicht die Wiedervereinigung für den jeweils folgenden Morgen erwartet, aber alle Tore und Türen für die künftige Chance offengelassen hat. Das war die weitsichtigeren Politik im Vergleich zu der von der eigenen Zukunftsanalyse überzeugten Politik der SPD, die vom Fortbestehen der beiden Systeme ausging und auf eine „entspannte“ Koexistenz abzielte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Wankelmütigkeit der SPD seziert

Mit dem 29. September hat die Opposition ihre Kampfkraft, die Union ein Stück inneres Gleichgewicht und die Regierung ihren Gegner wiedergefunden. Endlich wurde im Bundestag wieder richtig gestritten, wurde nicht versucht, alles dem Konsens unterzuordnen. Dazu trug ausgerechnet jene Frau bei, der konservative Hardliner in der



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORNING

CDU vieles zutrauen - nur nicht den brutalst möglichen Angriff.

Diesen Angriff hat sie gesucht. Er war deshalb so erfolgreich, weil Bundeskanzler Gerhard Schröder mit seiner Rede eine breite Angriffsfläche geboten hatte. Der Kanzler, der mit seiner Ostdeutschlandreise neue Zugänge zu den skeptischen Ostdeutschen gefunden haben will, versäumte es, in seiner Rede emotionale Brücken zu bauen.

Ohne lange zu zögern, ging die CDU-Vorsitzende sofort zum polemischen Angriff über. Die SPD-Parlamentarier waren zunächst sprachlos, dann verärgert und schließlich verließen einige sogar beleidigt das Plenum.

Was hatte Merkel angestellt? Sie sezerte die sozialdemokratische Wankelmütigkeit in den achtziger Jahren und die Ablehnung der deutschen Einheit noch bis zum Ende des Jahres 1989. Doch sie wollte keine Geschichtsbetrachtung. Ihre Botschaft war: Die SPD habe in der Einheitsfrage versagt, weil sie über kein Prinzipiengerüst, „keinen Kompass“ verfügt habe. Damit aber seien die Fehleinschätzungen damals nicht einfach als Geschichte abzuhaken, sondern

„symptomatisch für ein gesamtes Politikverständnis“. Deshalb sei es eben nicht egal, wenn Schröder „den Euro irgendwann als Frühgeburt bezeichnet hat und heute freudige Worte darüber findet, dass er schwach ist“.

Politik, so Merkel weiter, dürfe aber nicht „einfach als Pragmatismus begreifbar sein“. Es sei eben nicht beliebig, „welche Weichenstellungen man wann und wo vornehme“. Nur weil die Union über klare Prinzipien verfügt habe, sei ihr es gelungen, die von den Menschen in der ehemaligen DDR erzwungene Revolution aufzunehmen und in einen friedlichen Prozess der Einheit fortzuführen.

Mehrfach wurde Merkel in tumultartigen Störungen unterbrochen. Doch dann legte Frau Merkel den Finger richtig tief in die Wunde der sozialdemokratischen Partei: Sie sei „außerordentlich erstaunt darüber“ dass der Bundeskanzler in seiner Rede „nicht ein einziges Wort“ über die Sozialdemokraten in den östlichen Bundesländern verloren habe, „die in der SPD von Anfang an für die deutsche Einheit waren“.

Zum Abschluss aufbrandender, lang anhaltender Applaus. Die Welt

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhägerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.